



**Beschluss
des Netzwerks „Medien und Regulierung“ der CDU Deutschlands
vom 20.01.2017**

***Für einen informativen, leistungsfähigen und akzeptierten
öffentlich-rechtlichen Rundfunk***

Wir bekennen uns zu unserer freiheitlich-demokratischen Medienordnung, dem Schutz der freien Presse und der Berichterstattung von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Ein fairer Wettbewerb zwischen den Akteuren trägt zur Vielfalt der Medienlandschaft in Deutschland bei.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt eine besondere Funktion bei der Erfüllung der demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse in unserem Land zu. Wir sprechen uns für einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner föderalen Struktur und auf Grundlage der verfassungsrechtlichen Bestands- und Entwicklungsgarantie aus.

Wie alle Medien steht auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk großen Herausforderungen gegenüber. Wir leben in einer Welt, in der Mediengattungen immer weiter zusammenwachsen und sich Menschen vermehrt über Angebote im Internet informieren. Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit des Medienangebots in unserem Land – auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – in Teilen der Bevölkerung verstärkt in Frage gestellt. Zudem scheint die Akzeptanz für die Höhe des Rundfunkbeitrags in Teilen der Bevölkerung gering zu sein bzw. zurückzugehen.

Noch nie war es aber so wichtig wie heute, dass wir eine starke und vielfältige Medienlandschaft und insbesondere auch einen glaubwürdigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Durch eine ausgewogene und möglichst vollständige Berichterstattung kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk selbst zur Wahrung seiner Funktion beitragen.

Wir wollen deshalb den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fortentwickeln und die Strukturen künftigen Erfordernissen anpassen. Ziel ist es, dass sich das öffentlich-rechtliche Angebot auch weiterhin in hoher Qualität und mit großer gesellschaftlicher Relevanz an die Menschen richtet.

Die Länderarbeitsgruppe „Auftrag und Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“ hat das Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Lage zu versetzen, den Anforderungen einer konvergenten Medienwelt besser und effizienter gerecht werden zu können und nimmt dabei gleichzeitig die Beitragsakzeptanz in den Blick. Die Ministerpräsidenten haben den Rundfunkanstalten bis Oktober 2017 vorgegeben, ihre bisherigen Vorschläge weiter zu konkretisieren.

Das Netzwerk „Medien und Regulierung“ der CDU Deutschlands unterstützt den Reformprozess und schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor. Dabei gilt es, die gesamte Medienlandschaft im Blick zu halten und negative Auswirkungen auf den Wettbewerb möglichst zu vermeiden.

Information im Mittelpunkt des Programms

Die Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es, einen gewichtigen Beitrag zur individuellen und öffentlichen Meinungsbildung zu leisten und so zu einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen beizutragen. Insbesondere im Hauptprogramm von ARD und ZDF, aber auch bei anderen Angeboten, muss Information als Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärker im Vordergrund stehen – auch und gerade zu den Hauptsendezeiten. Dies gilt unabhängig von der Sportberichterstattung.

Neben Information sollen auch Bildung, Kultur und Unterhaltung weiterhin meinungsrelevant sein und können gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge darstellen und einordnen. Wichtigste Maßstäbe aller Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen immer Relevanz und Qualität sein. Qualität und Ausgewogenheit müssen Vorrang vor Einschaltquoten oder Klickzahlen haben. Gleichzeitig aber muss auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk Reichweite erzielen, um Wirkung bei den Menschen erreichen zu können.

Wichtige regionale Ereignisse müssen im Fokus der jeweiligen Dritten Programme stehen und sollten deutlich stärker berücksichtigt werden. Die Dritten Programme leisten mit ihren Angeboten aus und für die Regionen einen wichtigen Beitrag zu kultureller Identität, gesellschaftlicher Identifikation und Heimatgefühl.

Stabile Beiträge – schlanke und transparente Strukturen

Wir wollen die Akzeptanz des Rundfunkbeitrags steigern und die Beiträge langfristig stabil halten. Dabei werden wir auch die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit im Blick haben. Der Beitrag jedes einzelnen Zahlers muss vor allem einem dienen: der Herstellung von redaktionellen Inhalten. Die Verwaltungen sollten daher so schlank wie möglich aufgestellt sein. Der Betrieb eigener technischer Infrastruktur sollte auf das notwendige Maß reduziert werden. Die Abläufe müssen nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in den vergangenen Jahrzehnten von den Ländern auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung, den Veränderungen im Nutzerverhalten stark differenziert und mit neuen Aufgaben und Angeboten beauftragt worden. Die allgemeine Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist kein Freifahrtschein für einzelne Programmangebote, Sender oder Anstalten. ARD und ZDF bieten derzeit 20 öffentlich-rechtliche Fernsehprogramme an. Deutschlandradio und die ARD bieten etwa 70 Hörfunkprogramme an. Dazu kommt eine Reihe von Telemedienangeboten. Insgesamt gilt es, regelmäßig zu überprüfen, inwiefern die Anzahl der Angebote zur Erfüllung des Auftrags tatsächlich erforderlich und bei Bedarf zu reduzieren sind.

Wir setzen uns für die Beseitigung von entbehrlichen Doppelstrukturen ein. Es muss darum gehen, Synergien zwischen den Anstalten zu heben und Kooperationen zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern zu vertiefen. Dazu gehören Synergien im Bereich der Verwaltung, der IT und der Produktion, aber auch bei der personellen Abstimmung bei Programmeinsätzen im In- und Ausland beim Senderverbund der ARD. Der notwendige und gewünschte publizistische Wettbewerb zwischen ARD und ZDF darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Für engere Kooperationen zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags werden wir – wo notwendig und unter Vermeidung negativer Auswirkungen auf den Wettbewerb – die kartellrechtlichen Regelungen anpassen.

DAB+ ist im Betrieb kostengünstig und ressourcensparend. Auch um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk langfristig finanziell zu entlasten, wollen wir den raschen Ausbau des Digitalradios DAB+ in Deutschland fördern. Endgeräte, die vornehmlich für den Empfang von Radio hergestellt werden, sowie Neuwagen sollen so ausgestattet sein, dass sie auch den Empfang von DAB+ ermöglichen. Wir unterstützen, dass Mittel aus der Versteigerung von Rundfunkfrequenzen (Digitale Dividende II) verwendet werden, um die Verbreitung und die Marktdurchdringung zu steigern.

Wir sprechen uns für eine stärkere Transparenz der Rundfunkanstalten bei Ausgaben für einzelne Bereiche aus – zum Beispiel bei der Sportberichterstattung.

Starkes Programm in digitalen Räumen

Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in die Lage versetzen, den Anforderungen einer immer weiter zusammenwachsenden Medienwelt besser gerecht zu werden. Wir brauchen auch im Netz vielfältige und verlässliche Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir wollen die positive Rundfunkordnung und den Wettbewerb schützen sowie die diskriminierungsfreie Auffindbarkeit gewährleisten. Dafür brauchen wir eine angepasste und abgestufte Plattformregulierung. Die Prämissen sind dabei Zugangsoffenheit, diskriminierungsfreie Auffindbarkeit und Transparenz.

Für die zeitgemäße Erfüllung seines gesellschaftlichen Auftrags wollen wir sicherstellen, dass die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf neuen meinungsrelevanten Plattformen vorhanden sind. Dabei müssen Fernseh- und Hörfunkbeiträge im Vordergrund stehen. Den Telemedienauftrag wollen wir flexibilisieren, dabei jedoch negative Auswirkungen auf den Wettbewerb möglichst vermeiden. Zur Flexibilisierung des Telemedienauftrags gehört, dass Beiträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch längerfristig in inländisch zugänglichen Mediatheken zur Verfügung stehen können und auch Inhalte umfassen, die nicht im linearen Fernseh- oder Hörfunkprogramm liefen, soweit das der finanzielle Spielraum für den Rechteerwerb zulässt. Das Genehmigungsverfahren für Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks soll vereinfacht werden.

Neue Telemedienangebote müssen dabei vorrangig über die Effizienzsteigerung bei der Herstellung herkömmlicher Rundfunkangebote und interne Umstrukturierungen finanziert werden.

Deutsche Welle als Stimme der freien Welt stärken

In vielen Ländern haben die Meinungs- und Pressefreiheit leider einen schweren Stand. Die Notwendigkeit freier und unabhängig vermittelter Information in der Welt ist gerade in der heutigen Zeit hoch. Die Deutsche Welle ist eine wichtige Stimme der freien Welt. Sie trägt mit einem unabhängigen und kritischen Journalismus zur Vermittlung deutscher und europäischer Sichtweisen in der internationalen Debatte bei. In Entwicklungs- und Schwellenländern leistet auch die DW-Akademie einen wesentlichen Beitrag mit eigener Information und zur Stärkung anderer Anbieter unabhängiger Information. Außerdem ist die Deutsche Welle weltweit ein wichtiger Botschafter unserer Werte, unserer Lebensart und unserer Wirtschaft. Wir wollen deshalb die finanzielle Ausstattung der Deutschen Welle schnell weiter stärken und auf das Niveau der Auslandssender der großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anheben.

Wir wollen einen informativen, leistungsfähigen und akzeptierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den Schutz des Instituts der freien Presse und der Erhalt des fairen Wettbewerbs in der dualen Rundfunkordnung.